



## Landtagswahl 2008

## Umwelt- und Klimaschutz auf Bezirksebene

## Tiefgaragenlüge

## Baummord am Eislaufplatz

## Soma-Markt

## Pflege - wer soll das bezahlen

## Grüne in die Landesregierung

In den nächsten Jahren stehen bedeutende Entscheidungen für Niederösterreich an, Entscheidungen, die weit reichende Folgen haben:

So hat auch Niederösterreich seinen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Der ÖVP-Vorschlag das Wort Klimaschutz in die Landesverfassung aufzunehmen, wird dazu sicherlich nicht reichen. Es müssen endlich Maßnahmen gesetzt werden, die zu einer bedeutenden Senkung der Feinstaubbelastung führen. Denn Feinstaub beeinträchtigt die Gesundheit aller Menschen und ist nach neuesten Erkenntnissen für viele Todesfälle verantwortlich. Aus diesem Grund muss vor allem in Niederösterreich endlich ein Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastrukturen angegangen werden.

Diese Aufgabenfelder zukunftsweisend und nachhaltig gestalten zu können, braucht starke grüne Stimmen im Landtag und auch in der Landesregierung.

Die ÖVP in ihrer nahezu unüberbietbaren Selbstherrlichkeit weiter absolut regieren zu lassen, ist die beste Gewähr zur Versäumnis aller umweltpolitischen Ziele, zur Verschlechterung der Lebensqualität großer Landesteile und zur weiteren Demontage von Demokratie.

## Wahlinfo

**Sollten Sie am Wahltag nicht die Möglichkeit haben, in ihrem Heimatort ihre Stimme abzugeben, besorgen Sie sich rechtzeitig am Gemeindeamt eine Wahlkarte. Bei dieser Landtagswahl können Sie diese Wahlkarte erstmalig per Post senden. Neu ist auch wählen ab 16.**

# Landtagswahl 2008

Die Grünen haben 2 Wahlziele:

1. Wir streben einen Sitz in der Landesregierung an. Madeleine Petrovic soll Umweltlandesrätin werden.
2. Wir wollen weiterhin die dritte Kraft im Land – vor der FPÖ – bleiben.

Die Grünen werden vor allem die Themen Umwelt und Kontrolle in diesen Landtagswahlkampf einbringen.

Dr. Madeleine Petrovic, Klubobfrau der NÖ Grünen



## Klimaschutz – Energiewende 2020

Die Landesregierung hat es bisher nicht geschafft, auch nur die Zuwächse im Energieverbrauch und somit auch die Treibhausgasemissionen einzudämmen. Im Gegenteil - Energiekos-

ten steigen und belasten vor allem finanzschwächere MitbürgerInnen.

In der kommenden Legislaturperiode des NÖ Landtages, 2008 – 2013, muss eine Trendwende in der Energie- und Klimapolitik herbeigeführt werden. Dies gelingt nur mit umfassenden energiepolitischen Reformen, wie z.B.

- **Detaillierte CO2 – Bilanzen** für alle Gemeinden sowie für das Land selbst in den Bereichen Verkehr, elektrische Energieerzeugung und -nutzung sowie Raumwärmeerzeugung alle 5 Jahre mit klaren Kriterien. Transparente Bilanzierung der Einhaltung der Kyoto-Ziele
- **Mehr „Kälteschutzmaßnahmen“** zur Vermeidung des exorbitanten Stromverbrauches durch Klimaaanlagen. Förderung von Maßnahmen zur Beschattung von Häusern
- Umfassende **Reform der Raumplanung** durch Verankerung des Klimaschutzes im Raumordnungsgesetz. Mobilitätssparende Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen müssen angestrebt und umgesetzt werden.
- **Ein Ökostromgesetz, das diesen Namen auch verdient!**

Wollen Sie wirklich LKW-Kolonnen statt Klimaschutz?

Klimaschutz sieht anders aus!

DIE GRÜNEN NIEDERÖSTERREICH

MADELEINE PETROVIC IN DIE LANDESREGIERUNG

- **Reform der Wohnbauförderung:** Die Höchstförderung soll im Bereich Einfamilienhaus und im großvolumigen Wohnbau nur bei Passivhausstandard gewährt werden. Bei zu geringer Energieeffizienz soll keine Förderung gewährt werden. Die Sanierung der Wohnhäuser soll weiter verstärkt werden
- **Reform der Bauordnung:** Eine Mindest – Energiekennzahl soll als Kriterium für die Baubewilligung gelten

## Ökologische Mobilität statt Transithölle

Niederösterreich ist, infolge der EU-Erweiterung, das LKW-Transitland schlechthin geworden. Auf der Ostautobahn (A4) fahren beispielsweise bereits jetzt schon mehr Autos pro Tag, als auf der viel diskutierten Brennerautobahn in Tirol. Die Zuwachsraten lagen im Vorjahr bei 30 %!

Trotzdem setzt die Landesregie-

rung weiterhin auf den Bau neuer Transit-Autobahnen und zieht so systematisch den LKW-Transit ins Land. Das bringt weitere Abgas-, Lärm- und Feinstaubbelastungen - und noch mehr Staus. Davon sind zunehmend auch Regionen abseits der Ballungsräume betroffen, wie beispielsweise das Weinviertel durch die geplante Nordautobahn und die Marchfeldautobahn. Gleichzeitig bleiben der Ausbau der Bahn und somit die Verlagerung des Gütertransportes auf die Schiene konsequent unbeachtet.

Ähnliche Probleme gibt es im Personenverkehr. Viele Pendlerzüge sind überfüllt, die Angebote sind oft unattraktiv, unzureichend und teuer. Mehrere Regionalbahnen in Niederösterreich stehen vor der Stilllegung. Für viele PendlerInnen, die auf eine öffentliche Anbindung zu ihren Arbeitsplätzen angewiesen sind, ist dies schlicht existenzgefährdend! Das bestehende öffentliche Verkehrsnetz muss weiter ausgebaut und neuen modernen Standards angepasst werden!

### Einige konkrete Forderungen:

- **Ausbaustopp im Autobahnbau:** Der LKW-Transit ist ein Hauptfaktor bei den Emissionen. Stattdessen massive Investitionen in den Schienenverkehr und lokale Umfahrungsstraßen zur Schonung der Ortskerne
- **Klimaschutz im Verkehrsbudget des Landes:** Ab dem Jahr 2008 sollen die Budgetansätze für den Straßenbau, (dzt. rd. 366 Mio. €) und für den öffentlichen Verkehr (dzt. rd. 54. Mio. €) in jährlichen Schritten von mindestens 30 Mio. € aneinander angeglichen werden.
- **Investitionen in den Schienen- ausbau:** Die derzeitigen Aktivitäten des Landeshauptmannes gegenüber dem Bund zugunsten des Autobahnausbaus müssen gestoppt und



durch intensive gemeinsame Maßnahmen von Bund und Land für den Schienenausbau abgelöst werden. (z.B. Hochleistungsverbindung Wien-Bratislava, Pottendorfer Linie, Verbesserung der Nordbahn etc.).

- **Mehr Komfort für PendlerInnen:** Chipkarte für alle Öffis, Taktfahrplan nach Schweizer Vorbild, Modernisierung des Wagenmaterials (inklusive Barrierefreiheit), Möglichkeit, Tickets im Zug lösen zu können, mehr Pünktlichkeit und Fahrpreisreduktion bei groben Verspätungen!
- **Klimafreundliche Fahrzeuge im öffentlichen Dienst:** Bis zum 1. 1. 2009 ist der gesamte CO<sub>2</sub>-Ausstoß sämtlicher im Landesdienst verwendeten Kraftfahrzeuge auf einen Durchschnittswert von 120 g/km zu reduzieren. Damit erreicht Niederösterreich den von der EU diesbezüglich für 2012 vorgegebenen Wert um 3 Jahre früher.

### Demokratie leben

Die Grünen Niederösterreich stehen für eine lebendige Demokratie. Grundvoraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft sind Mei-

nungsvielfalt und ein umfassendes Mitspracherecht in öffentlichen Angelegenheiten. Dies ist derzeit in NÖ nicht gegeben. Von vielen behördlichen Entscheidungen werden die BürgerInnen fern gehalten. Wenn sie sich dann mühsam über den Verwaltungsgerichtshof die ihnen zustehende Parteienstellung erkämpfen, sind die Verfahren in der Sache längst entschieden (z.B. S1 oder Magna Racino).

Wir fordern die Einbeziehung der niederösterreichischen Bevölkerung in jenen Groß-Projekten wie Einkaufszentren, Hochhäuser oder Massentierhaltungsanlagen, die keiner Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen. Entsprechende Bestimmungen müssen in Bau- und Raumordnung verankert werden.

Gelebte Demokratie bedeutet auch einen höheren Anteil von Frauen in der Landesverwaltung (Abteilungs- und Gruppenleiterinnen, Bezirkshauptfrauen etc.). Nicht-EU-BürgerInnen, die ihren ordentlichen Wohnsitz in niederösterreichischen Gemeinden haben, sollen nach einer gewissen Zeit ebenso das Wahlrecht erhalten, wie es bereits für EU-BürgerInnen vorgesehen ist.





### Klimaschutz à la NÖ

Die Verbundgesellschaft plant derzeit die Errichtung eines neuen Kohlekraftwerkes am Standort Dürnrohr. Das Kraftwerk soll bis 2016 in Betrieb gehen. Eine gleichzeitige Stilllegung des bestehenden ist nicht anzunehmen. Die Folgen sind für den Klimaschutz verheerend: Ein neues Kraftwerk Dürnrohr wird die Treibhausgasemissionen Österreichs um bis zu 3 Millionen Tonnen erhöhen. Bereits jetzt ist das Kraftwerk Dürnrohr Österreichs größte Punktquelle für Stickoxide (NOx). Ein zusätzliches Kohlekraftwerk würde die bereits ohnehin schon stark belastete Luft im Tullnerfeld erheblich verschlechtern.

Ich verlange daher die Einstellung weiterer Projektplanungen für ein neues Kohlekraftwerk im Tullnerfeld. Was wir in NÖ stattdessen benötigen, ist ein Totalausstieg aus Gas, Öl und Kohle und ein Umstieg auf ökologisch verträgliche erneuerbare Energieformen.

**Liane Marcsek**

# Umwelt- und Klimaschutz ist auch auf Bezirksebene notwendig

**Liane Marcsek, Die Grünen Bezirk Tulln**

Seit Jahrzehnten wird in NÖ und gerade im Bezirk Tulln eine autozentrierte Verkehrspolitik betrieben. Transitverkehr, Staus, Lärm, klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen, Zersiedelung und Landschaftsverbrauch prägen heute das Tullnerfeld. Gleichzeitig wird – speziell im ländlichen Raum – durch die Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs einem erheblichen Teil der Bevölkerung das Recht auf Mobilität vorenthalten. Statt einer Fortschreibung der bisherigen (Auto)-Verkehrspolitik bedarf es einer radikalen Trendwende. Die Wohn- und Lebensqualität muss im Tullnerfeld erhalten bleiben.

### Die Grünen Bezirk Tulln setzen sich daher für eine Verkehrsberuhigung im Tullnerfeld ein:

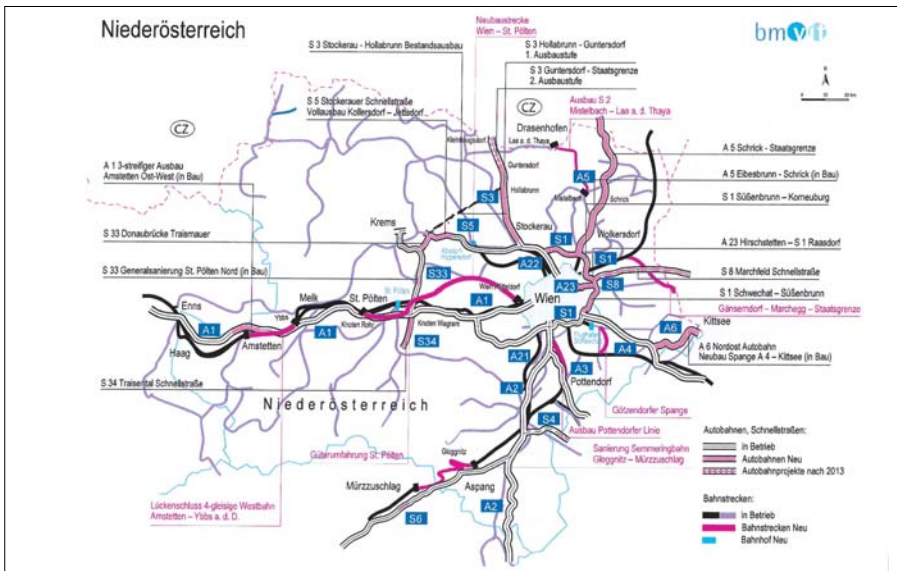
- Erhaltung der einzigartigen Flora und Fauna der Region Wagram, anstelle hochrangiger Straßen.
- Stärkung der Nahversorgungsstrukturen und keine neuen Einkaufszentren (HL-Bahnhof).
- Straßenrückbauten anstatt neuer Straßen.
- Massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs (Bahn, Bus, Shuttledienste, Sammeltaxis) zu den Ortschaften und zum HL-Bahnhof, kurze Intervalle, kostengünstige und einheitliche Tarife.
- Auf allen Ebenen Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung (z.B. durch Raumplanung).

- Das Tullnerfeld ist immer wieder vom Hochwasser betroffen. Anstatt neue Flächen zu versiegeln, sollten Flächen der Natur zurückgegeben werden.
- Die Feinstaubbelastung ist gerade im Tullnerfeld sehr hoch. Ein Gutachten ergab in Grafenwörth in sechs geprüften Monaten 46 Überschreitungen!!! der Feinstaubbelastung. Der Grenzwert liegt bei 35 Überschreitungen im Jahr.

### Region Wagram

Durch den Bau der Donaubrücke Traismauer und der Traisental Schnellstraße ist eine Wiederaufnahme der geplanten Schnellstraße durch den Wagram zu befürchten.

- Eine Zerschneidung durch eine Schnellstraße würde eine Zerstörung dieser wunderschönen Landschaft und der jetzigen Artenvielfalt bedeuten. Es sollte im Gegenteil danach getrachtet werden, dieses Gebiet als Naturschutzgebiet zu widmen.
- Hochrangige Straßen ziehen Verkehr an. Der Verkehr wird zunehmen, vor allem der LKW-Transit-Verkehr. Dies hätte eine wesentliche Verschlechterung der Lebensqualität der dort lebenden Bevölkerung zur Folge (Lärm, Abgase). Der Ausbau der LH 43 würde die Autobahnen S 5 und S 3 verbinden und somit den Nord-Süd Transit massiv verstärken.
- Für die Einhaltung der Feinstaubbelastung in NÖ ist der LH zuständig.



## Straßen ziehen Verkehr an – der vom Land geplante Straßenausbau im Tullnerfeld

Jedoch kontrolliert sich die NÖ Landesregierung selbst – die prüfende Behörde ist gleichzeitig jene, die das Straßenprojekt verwirklicht haben möchte.

- An hochrangigen Straßen siedeln sich Einkaufszentren an. Klein- und Mittelbetriebe sowie bäuerliche Betriebe müssen die Folgen tragen.
- Die geplante Donaubrücke bei Traismauer liegt im Natura 2000 Gebiet. 12 ha Flora und Fauna werden zerstört. Anstatt das Natura 2000-Gebiet zu schützen, übertritt der Landeshauptmann die eigenen Gesetze.

## HL-Bahn und Einkaufszentrum Langenrohr:

Der Landesverkehrsplaner Prof. Dr. Zibuschka prognostizierte in seinen Vorträgen ein deutliches Ansteigen des PKW- und LKW-Verkehrsaufkommens für die Gemeinden im östlichen Tullnerfeld.

Die Standardlösungen des Landes sind:

- Dort wo neuer Strassenbau möglich gemacht werden kann, dort soll er

auch mit Steuermitteln gefüttert, stattfinden. Z.B. Ortsumfahrung Königstetten.

- Dort wo mehr öffentlicher Verkehr Not täte, sieht Zibuschka keine Geldquellen.

Folgen:

- Der Ausbau der Straßen und die dadurch entstandenen Einkaufszentren

tren auf der „grünen Wiese“ (Z.B. Langenrohr), haben zu einem rapiden Rückgang der Nahversorgungsstrukturen geführt.

- Ein weiterer Dolchstoß für die Nahversorger wäre das geplante Einkaufszentrum beim neuen HL-Bahnhof Tullnerfeld.
- Die Ausdünnung des öffentlichen Verkehrs treibt die Bewohner in eine rein automobile Spirale ohne vermeintlichen Ausweg.
- Für die brennenden Probleme Feinstaub, Lärm, Zersiedelung, Klimaschutz erklärt sich das Land für nicht zuständig.

Bund und Land reden gebetsmühlenartig von der Verlagerung von der Straße auf die Schiene und bauen doch nur Straßen – siehe Umfahrung Königstetten, siehe B19, siehe Tulln-Langenrohr.

Niederösterreich braucht Verkehrsvermeidung, schon allein aufgrund der Feinstaubbelastung und des Klimaschutzes. Die Ortschaften brauchen eine Politik der Erhaltung der Nahversorgung und keine neuen Zufahrten zu neuen Einkaufszentren.



**Einkaufszentren verdrängen die Nahversorger und zwingen die Menschen mit dem Auto zu fahren.**





Grünes Mosaik

## Budget mit grünen Tupfen

Für den Voranschlag 2008 konnten die Grünen einige Ideen und Vorschläge einbringen. So werden Umwelt, Soziales, Öffentlicher Verkehr und Friedensmaßnahmen wie z.B. Streetworker stärker berücksichtigt. Beispielsweise wurde die Förderung für den Soma-Markt stark angehoben, ein Baumschutzprogramm soll verabschiedet werden, für den Grundstücksankauf für einen Nahversorger im Langenlebarner Viertel stehen mehr Mittel zur Verfügung, eine Ausstellung über „Frauen aus aller Welt“ ist geplant und Maßnahmen für einen pflanzlichen Sichtschutz entlang des Krankenhauses und des Rosenheimes sollen umgesetzt werden.

Die Tullner Grünen möchten in der Gemeindepolitik neue Wege gehen und streben mit allen Parteien, die keine Ausgrenzungs- und fremdenfeindliche Politik betreiben, eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle aller Tullner BürgerInnen an.

*Johannes Scholz*

**Johannes Scholz**



**Die große Tiefgaragenlüge. 3 Monate archäologische Umgrabungsarbeiten am Hauptplatz wurden den Tullner BürgerInnen vor der Volksbefragung versprochen. Jetzt dauern sie schon länger als 4 Monate und ein Ende ist nicht in Sicht.**



**Am 6. 12. 1995 stellten die Tullner Grünen den Antrag das Mittergwendt bei den Bahngleisen für Fußgänger und Radfahrer zu unterführen. 12 Jahre nach dem Antrag wurde die Unterführung endlich eröffnet.**

**Baummord beim Eislaufplatz, Gymnasium. Hier steht im städtischen Bereich die letzte größere Baumgruppe, die von der Tullner Au übrig geblieben ist. Dieses Erinnerungstück soll nun geschlägelt werden. Das Baummassaker muss in Tulln endlich ein Ende haben.**



## Soziale Einrichtungen in Tulln

Schön, daß nun doch noch ein Platz für den Sozialmarkt in Tulln gefunden wurde. Wo zahlungskräftige und gesunde Menschen zuhause sind, müssen auch arme, alte und behinderte Menschen denselben Anspruch auf ihren Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben. Wenn uns das Übermaß und der Luxus nicht schockieren, dann dürfen uns auch die Menschen nicht erschrecken, deren Leben ungleich härter ist. Die zahlreichen sozialen Einrichtungen in Tulln zeigen auch, daß hier Verstand und Herz beisammen sind. Danke.

Einen Sozialmarkt in der Nachbarschaft haben zu dürfen, ist eine Bereicherung. Das gilt ebenso für ein Behinderten-, Alten- oder Flüchtlingsheim. Akzeptanz und eine freundliche

Aufnahme solcher Institutionen tragen nämlich dazu bei, dass wieder mehr Solidarität unter den verschiedenen Menschen entsteht. Die Gesunde hilft dem Kranken, der Besserverdienende gibt dem Armen und der junge Mensch stützt den Alten.

"Über den Nationen steht die Menschheit" hat Goethe einmal gesagt. Nun ist Tulln zwar weder eine Nation noch der Ursprung der Menschheit, doch den Grad der Menschlichkeit bestimmen auch wir TullnerInnen. Humanistisches Denken und Handeln ist der Beginn eines friedlichen Miteinanders. Das Bemü-



**Hier wurde der Sozialmarkt von Anrainern verhindert**

hen, den anderen Menschen vorurteilslos zu sehen ist nicht einfach, aber es führt zu einem besseren Kennenlernen und dies wiederum zu einem stärkeren Zusammenhalt in der Bevölkerung. Auch bei uns in Tulln.

## Wer soll die Pflege bezahlen?

Stellen Sie sich folgende Situation vor: Sie müssen wegen einer schweren Erkrankung ins Krankenhaus. Bei der Entlassung erhalten Sie dann einen Zahlschein über die angefallenen Kosten von EUR 50.000. Wenn Ihr Geld nicht reicht, wird Ihr Gehalt gepfändet, das Krankenhaus geht in das Grundbuch ihres Hauses und auch ihre Kinder werden in die Pflicht genommen. Im Krankheitsfall eine zum Glück völlig undenkbare Situation in Österreich. Hingegen ist so ein Verfahren im Pflegefall an der Tagesordnung. Je nach Bundesland muss eigenes Geld zur Gänze aufgebraucht werden, da das staatliche Pflegegeld in vielen Fällen bei weitem nicht reicht. Oftmals werden vorhandene Immobilien belastet und auch die Kinder müssen ihren Beitrag leisten. Sie müssen sich quasi davon freikaufen, dass sie ihre Eltern nicht selbst zu Hause pfle-

gen. Es wundert daher nicht, dass vielfach auf „billige“ illegale ausländische Pflege zurückgegriffen wird, da es anders nicht funktioniert.

Was im Krankheitsfall normal ist, nämlich eine einheitliche gesetzliche Versicherung in die alle einzahlen, und die dafür sorgt, dass jeder im Krankenhaus behandelt werden kann, gibt es im Pflegefall nicht.

Ich stelle mir immer wieder die Frage, warum die manchmal so großen finanziellen Belastungen nicht solidarisch auf alle aufgeteilt werden, sondern den Pflegefällen und ihren Familien zur Gänze aufgehalst werden. Das ist extrem unsozial.

Es scheint bei den Verantwortlichen eine Stimmung vorzuherrschen nach dem Motto: „Wenn jemand zum Pflegefall wird, dann soll das doch



**Die Kosten für Pflege sollen durch eine Pflegeversicherung auf die gesamte Bevölkerung verteilt werden.**

am besten ein weibliches Familienmitglied (Ehefrau, Tochter, Schwiegertochter) übernehmen und die Allgemeinheit nicht damit belasten“.

Daher trete ich vehement für die Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung ein. Das ist zwar eine große Umstellung, aber Österreich ist sicher in der Lage eine anständige Lösung zu finanzieren, auch wenn dafür eine Vermögenssteuer eingeführt werden muss.



**Wollen Sie wirklich  
einen Landesfürsten?**



**DIE GRÜNEN  
NIEDERÖSTERREICH**

***Demokratie  
sieht anders aus!***



**MADELEINE PETROVIC  IN DIE LANDESREGIERUNG**

[www.noe.gruene.at](http://www.noe.gruene.at)

